

VERTRAG

zwischen der

Einwohnergemeinde Büren a. A. (Sitzgemeinde)

und den

**Einwohnergemeinden Arch, Bütigen, Busswil b. B., Diessbach, Dotzigen, Leuzigen,
Meienried, Oberwil b. B. und Rüti b. B. (Anschlussgemeinden)**

betreffend Umsetzung der Integration und besonderen Massnahmen (IBEM) im Schulkreis
Büren gemäss Art. 17 VSG.

**Integration und schulische
Fördermassnahmen (IFB)
Schulkreis Büren
3294 Büren
per Adresse
Postfach 169
3292 Busswil b. Büren**

Art. 1 Ausgangslage

Die Gemeinden Arch, Büren a. A., Bütigen, Busswil b. B., Diessbach, Dotzigen, Leuzigen, Meienried, Oberwil b. B. und Rüti b. B. haben sich entschieden, die im Art. 17 VSG vorgeschriebenen Massnahmen im Schulbereich gemeinsam umzusetzen.

Dies wird nötig, weil der Verband für ergänzende Schulangebote Biel-Seeland (VESA) aufgelöst wird.

Als Sitzgemeinde amtiert die Gemeinde Büren a. A.. Somit übertragen die Gemeinden Arch, Bütigen, Busswil b. B., Diessbach, Dotzigen, Leuzigen, Meienried, Oberwil b. B. und Rüti b. B. die Aufgabe gemäss Art. 17 VSG der Sitzgemeinde.

Art. 2 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen sind in Art. 17 des Volksschulgesetzes (VSG) geregelt.

Art. 3 Grundsatz

Die einzelnen Gemeinden können die vom Kanton für die Umsetzung von Art. 17 VSG vorgegebenen Lektionen nicht selber verwalten und umsetzen. Deshalb wird im Zusammenschluss der Sitz- und Anschlussgemeinden ein Lektionenpool für den Schulkreis Büren gegründet und die Aufgaben nach IBEM umgesetzt.

Der Zusammenschluss der Gemeinden orientiert sich am integrativen Schulmodell.

Art. 4 Zweck des Vertrages

Dieser Vertrag regelt die künftige Zusammenarbeit zwischen der Sitzgemeinde und den neun Anschlussgemeinden.

Art. 5 Stichtag

Die Vorarbeiten werden per 1. Januar 2009 aufgenommen mit Umsetzung per 1. August 2009.

Art. 6 Organisation

6.1. Kommission IBEM

Die Kommission IBEM der Sitzgemeinde besteht aus den Ressortvorstehenden Bildung sämtlicher Vertragsgemeinden. Die einzelnen Gemeinden regeln die Stellvertretung selber.

Die Amtszeit der einzelnen Mitglieder entspricht der Amtszeit in der jeweiligen Gemeinde.

Die Kommission konstituiert sich selbst.

Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- Politische und strategische Führung des Schulangebots IBEM
- Anstellungsvorschlag Schulleitung z. H. der Sitzgemeinde
- Anstellungsvorschlag Schulverwaltung z. H. der Sitzgemeinde

6.2. Schulleitung

Die Schulleitung führt den Fachbereich IBEM und bestimmt die pädagogische Richtung gemäss Pflichtenheft.

Sie stellt die entsprechenden Lehrpersonen an. Die Anstellung erfolgt nach dem kant. Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG).

Die Sitzgemeinde übernimmt die Koordination der Besoldungsabrechnung.

6.3 Schulverwaltung

Es wird eine Schulverwaltung eingerichtet. Das Aufgabengebiet wird im Pflichtenheft geregelt.

Art. 7 Kostenverteiler

Die Kosten für die Lehrerbesoldung werden durch den Kanton abgegolten.

Die administrativen und organisatorischen Kosten (Schulraum, Schulverwaltung, Transporte usw.) werden nach folgendem Kostenverteiler unter den Vertragsgemeinden aufgeteilt:

50 % nach Einwohnerzahl, 50 % nach Schülerzahlen (Stichtag jeweils 15. September)

Die Sitzgemeinde erstellt die Abrechnungen. Sie verlangt von den Anschlussgemeinden vierteljährlich (Januar, April, Juli, Oktober) Vorschussleistungen nach Budget.

Art. 8 Vertragsdauer

Der Vertrag wird auf 4 Jahre abgeschlossen und ist nicht kündbar. Anschliessend verlängert sich der Vertrag jeweils stillschweigend um 1 Jahr.

Die Kündigungsfrist für eine austretende Gemeinde beträgt 1 Jahr und kann nur auf Ende eines Schuljahres (jeweils 31. Juli) erfolgen.

Art. 9 Reglementsanpassungen

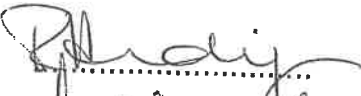

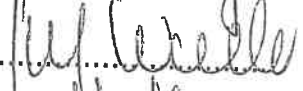
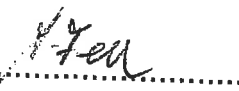
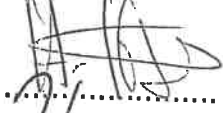
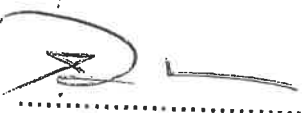



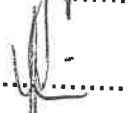


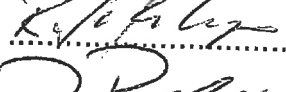


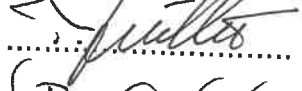
Die Sitzgemeinde ist verpflichtet, bis zum Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags die notwendigen Reglementsanpassungen (insbesondere betreffend Kommissionen) vorzunehmen.

Art. 10 Rechtspflege

Können Streitigkeiten zwischen der Sitzgemeinde und den Anschlussgemeinden im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vertrag nicht gütlich beigelegt werden, richtet sich das Verfahren nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.

Art. 11 Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt nach der Genehmigung der zuständigen Organe in den beteiligten Gemeinden auf den 01. August 2009 in Kraft.

Ort	Datum	Gemeindepräsident/in	Gemeindeschreiber/in
Arch	29. Okt. 2009		
Büetigen	02. Nov. 2009		
Büren inkl. Meienried	28. OKT. 2009		
Busswil	17. Nov. 2009		
Diessbach	23. NOV. 2009		
Dotzigen	27. NOV. 2009		
Leuzigen	1. DEZ. 2009		
Oberwil	9. DEZ. 2009		
Rüti	14. DEZ. 2009	